

Die Ära Kreisky - historische Filmdokumente und Zeitzeugeninterviews

hrsg. v. Peter Huemer u. Karin Moser, 5 Teile + 1 Booklet, Hauptwerk u. Extras (AT 2011, 5 DVD-9, "0", 4:3)

Sign. I 652.492 /1-5

Inhaltsverzeichnis

Die Ära Kreisky: 1967-1983	1
DVD 1 "Für ein modernes Österreich": Vom Parteiobmann zum SPÖ-Kanzler. 1967-1971	2
DVD 2 Reformen und Widerstände 1971 - 1975	4
DVD 3 Krisen und Konflikte 1945 - 1979	9
DVD 4 Das Ende einer Ära – Globale Spannungen und persönliche Niederlagen 1979 - 1983	15
DVD 5 Abschied und Erinnerung	19
BONUSMATERIAL	20
VERZEICHNIS DER ZEITZEUGEN die in der Doku-Reihe zu sehen und zu hören sind	20

Die Ära Kreisky: 1967-1983

Der Wahlsieg der SPÖ im März 1970 löste ein politisches Erdbeben aus. Es war der Beginn einer sozialistischen Ära, die bis heute tiefe Spuren in der österreichischen Gesellschaft hinterlassen hat. Ihre neue Stärke verdankte die Sozialdemokratie vor allem ihrem charismatischen Parteiobmann und langjährigen Bundeskanzler Bruno Kreisky. Seine mediale Präsenz, gepaart mit intellektueller Schlagfertigkeit, seine Offenheit und Innovationskraft, aber auch sein Machtbewusstsein und seine Widersprüchlichkeit sind bis heute in Erinnerung geblieben. 13 Jahre lang führte er die Regierungsgeschäfte und leitete eine weitreichende Liberalisierung, Modernisierung und internationale Öffnung Österreichs ein. Grundlegende Reformen des Straf- und Familienrechts, die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs, eine damit einhergehende Gleichstellungspolitik, der Ausbau eines modernen Wohlfahrtsstaates sowie bildungspolitische Maßnahmen, die auf mehr Chancengleichheit abzielten, fielen in die Ära Kreisky. Durch sein außenpolitisches Engagement wurde Österreich auch auf dem internationalen Parkett wieder präsent, was maßgeblich zur österreichischen Nationswerdung beitrug.

Kreiskys Regierungszeit war aber auch geprägt von schwelenden, oftmals nicht aufgearbeiteten Konflikten sowie von neuen gesellschaftspolitischen Gegenbewegungen: Der fehlende öffentliche Diskurs über Bürgerkrieg und »Austrofaschismus« und Kreiskys dadurch belastetes Verhältnis zur ÖVP. Die anhaltende Verdrängung der nationalsozialistischen Vergangenheit Österreichs und Kreiskys umstrittene Öffnung gegenüber dem nationalen Lager. Die – wenn auch völlig unterschiedlich gelagerten – emotional-aggressiven Auseinandersetzungen mit Simon Wiesenthal und Hannes Androsch. Kreiskys Niederlage bei der Abstimmung über die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Zwentendorf und das allmähliche Erstarken einer neuen linken und grünen Bewegung.

Die mehrteilige DVD-Edition veranschaulicht über Filmdokumente und Zeitzeugeninterviews das Leben und Wirken des Politikers Bruno Kreisky von seiner Wahl zum SPÖ-Parteiboss 1967 bis zu seinem Rücktritt als Bundeskanzler 1983. In chronologischen Blöcken mit thematischen Schwerpunkten wird die Ära Kreisky beleuchtet. Stellungnahmen von Weggefährten, Freunden, politischen Gegnern und Kritikern geben Einblick in persönliche Begegnungen, machen die vielseitige und ambivalente Persönlichkeit Bruno Kreiskys greifbar und helfen, den damaligen Zeitgeist zu verstehen. Das Bonusmaterial beinhaltet Aufnahmen vom »Privatmann« Kreisky, Belangsendungen und Wahlwerbefilme.

DVD 1

"Für ein modernes Österreich": Vom Parteiboss zum SPÖ-Kanzler. 1967-1971

Nachdem die SPÖ bei den Nationalratswahlen 1966 eine verheerende Niederlage erlitten hatte, welcher parteiinterne Auseinandersetzungen und eine Wahlempfehlung der KPÖ für die Sozialisten vorausgegangen waren, schien ein Wechsel an der Parteispitze unabdingbar. Die Koalitionsverhandlungen waren gescheitert, und die SPÖ befand sich erstmals seit 1945 in der Opposition. Im Februar 1967 kam es beim SPÖ-Parteitag zu einer Kampfabstimmung. Es traten der von Bruno Pittermann und Anton Benya favorisierte Ex-Innenminister und stellvertretende Klubobmann Hans Czettel und der von den Bundesländern unterstützte SPÖ-Obmann Niederösterreichs Bruno Kreisky gegeneinander an. 33 Mitglieder des Parteivorstands votierten für eine Kandidatur Kreiskys, 19 sprachen sich für Czettel aus. Schließlich wurde Kreisky mit 70 Prozent zum SPÖ-Vorsitzenden gewählt.

Unter dem neuen Parteiboss unterzog sich die Bewegung einem umfassenden Reformprozess. Klassenkampf und Parteiideologie wurden zugunsten demonstrierter Wirtschaftskompetenz, eines von angeblich 1.400 Experten ausgearbeiteten »Reformprogramms für ein modernes Österreich« und einer neuen Weltoffenheit zurückgedrängt. So wurden neue Wählerschichten für die SPÖ gewonnen, die sich nun als liberale und moderne Kraft präsentierte, damit mehr in die politische Mitte rückte und zudem die Verständigung mit der katholischen Kirche suchte. Kreisky fungierte als Vermittler und charismatische Führungspersönlichkeit der österreichischen Sozialisten.

Die mit einer Personal- und Kompetenzkrise kämpfende ÖVP hatte der aufstrebenden SPÖ 1970 wenig entgegenzusetzen. Im Wahlkampf strapazierte man neuerlich das Gespenst der roten Volksfront. Josef Klaus wurde als »Ein echter Österreicher« dem SPÖ-Kandidaten gegenübergestellt. Indirekt spielte die ÖVP damit auf die jüdische Herkunft Bruno Kreiskys an. Der vor allem auf Angst und Abwehr zielende Wahlkampf der ÖVP stand einer auf Kompetenz, Modernisierung und Personenwerbung ausgerichteten SPÖ-Strategie gegenüber. So konnten Letztere etwa mit dem 1969 initiierten Volksbegehren zur 40-Stunden-Woche, der angedachten Wehrdienstreform (»Sechs Monate sind genug!«) und einem sich als modern und dynamisch gebenden Team punkten.

Von großer Bedeutung für den SPÖ-Wahlsieg aber war das telegene Auftreten des späteren »Medienkanzlers« Kreisky. 1970 bestimmten erstmals Werbespots und Fernsehauftritte den Wahlkampf in Österreich. Die Wahlanalyse bestätigte den Umbruch. Es war Bewegung in die politische Landschaft gekommen: Bisher ÖVP-dominierte Wählerschichten, wie etwa

Angestellte und Frauen, konnten 1970 für die SPÖ gewonnen werden. Die Mehrheit der Jugend wählte nun »rot«. Ideologien traten zusehends in den Hintergrund. Die Parteitreu nahm ab, die Wähler wurden mobil. Die Personalisierung der Politik nahm zu, und das »gekonnte Spiel« mit den audiovisuellen Medien war Voraussetzung für den Erfolg.

Noch in der Wahnacht trafen Kreisky und FPÖ-Chef Friedrich Peter zusammen. Kreisky brachte in diesem nächtlichen Gespräch die Idee ein, das die Kleinparteien benachteiligende Wahlrecht zu reformieren. Die anschließend mit der ÖVP geführten Koalitionsverhandlungen scheiterten letztlich an der Ressortverteilung. Kreisky bildete daraufhin eine von der FPÖ zunächst geduldete Minderheitsregierung. Im Gegenzug unterstützten die Sozialisten die Freiheitlichen durch die Verabschiedung eines neuen Wahlrechts, das für kleinere Parteien annähernd gleiche Chancen schaffen sollte. Doch nicht nur Kreiskys Kooperation mit Friedrich Peter (FPÖ-Parteiboss und Ex-SS-Obersturmführer) war umstritten. Seinem ersten Kabinett gehörten als Minister zudem vier ehemalige Nationalsozialisten an. Der Popularität Kreiskys tat dies jedoch keinen Abbruch.

Mit der Gegenreaktion der ÖVP und ihr traditionell nahestehender Verbände war zu rechnen. So formierte sich schon 1970 eine vom Bauernbund getragene Protestbewegung, die sich vor allem gegen die hohen Dieselpreise richtete und sich für eine Erhöhung der Preise für Milchprodukte engagierte. Kreisky versuchte indes einen Keil zwischen die begünstigten »Körndlbauern« und die tendenziell um ihr Überleben kämpfenden »Hörndlbauern« zu treiben. Er wollte allen voran den Bergbauern, den Klein- und Nebenerwerbslandwirten vermitteln, dass sie mit den Arbeitern mehr gemeinsame Interessen hätten als mit den Funktionären der Industriellenvereinigung oder der Agrarbürokratie. Die forcierte Spaltung im Agrarbereich gelang Kreisky letztlich nicht – trotz seines Wohlwollens für die neu gegründete Österreichische Bergbauernvereinigung.

Protest kam aber auch seitens neuer linker Bewegungen. Exemplarisch zeigt der Umgang mit der Gruppe »Spartakus«, wie geschickt Kreisky die linke Flanke abdeckte: Die Vereinigung mobilisierte gegen Erziehungsheime, in denen Prügelstrafen und psychischer Terror zum Alltag gehörten. Da die Gruppe Heimflüchtlinge versteckt hielt, wurde gegen einige Spartakus-Mitglieder ein Strafverfahren eingeleitet. Letztere fürchteten, von der Justiz als Kriminelle stigmatisiert zu werden, und entschlossen sich, ins Exil zu gehen, wo sie später die »Europäische Kooperative Longo Mai« gründeten. Die Regierung Kreisky warb indessen dafür, dass es in Österreich aufgrund der Arbeit des Innenministeriums keinen »linken Terror« wie in der Bundesrepublik Deutschland geben würde. 1976 wurden die Verfahren gegen die Spartakus-Aktivisten von Bundespräsident Kirchschräger auf Antrag des Justizministers Broda und auf Wunsch Bruno Kreiskys niedergeschlagen. 1977 zeigte sich jedoch, dass auch Österreich von politisch motivierten Gewaltaktionen nicht verschont blieb. Im Zuge einer von Österreichern durchgeführten Geldbeschaffungsaktion für die RAF-nahe »Bewegung 2. Juni« wurde der Industrielle Michael Palmers entführt. Die Aktion endete unblutig. Die jungen Täter wurden später zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Noch vor den Wahlen 1971 setzte »Kreiskys Team« eine Reihe von populären und längst überfälligen Reformen um: Die Wehrdienstzeit wurde auf sechs Monate verkürzt. Die Aufnahmeprüfung an den AHS fiel. Die Schülerfreifahrt wurde eingeführt. Eine Lohn- und Einkommenssteuerreform wurde umgesetzt. Familienrechtlich kam es zur gesetzlichen Gleichstellung der unehelich geborenen Kinder. Im Zuge der »Kleinen Strafrechtsreform« wurden die Homosexualität bei Erwachsenen sowie Ehebruch und -störung straffrei gestellt.

Die SPÖ-Werbelinie für die Neuwahlen im Oktober 1971 stellte die bisherigen Leistungen der Regierung Kreisky in den Mittelpunkt und kündigte an, welche Neuerungen zur Verbesserung des Sozialstaates und zur Modernisierung Österreichs noch kommen würden, wenn man »Kreisky und sein Team« arbeiten ließe. Speziell das liberale Lager wurde aufgefordert, »ein Stück des Weges gemeinsam zu gehen«. Die Bevölkerung gab der SPÖ die Möglichkeit, ihre Arbeit fortzusetzen: Die Sozialisten errangen erstmals die absolute Mandatsmehrheit. Einige neue junge Abgeordnete der SPÖ zogen nun erstmals in den Nationalrat ein, darunter auch der spätere Bundespräsident Dr. Heinz Fischer.

DVD 2

Reformen und Widerstände 1971 - 1975

Die Reformtätigkeit der Regierung Kreisky wurde weiter vehement vorangetrieben. Im Bereich des Bildungssystems kam es zu grundlegenden Veränderungen: Kostenlose Schulbücher, der Ausbau der Schülerbeihilfen und die Einführung des Oberstufenrealgymnasiums als Umstiegsmöglichkeit nach Abschluss der Hauptschule sollten für mehr Chancengleichheit sorgen. Die Klassenschülerhöchstzahl wurde gesenkt. Die Lehrpläne der Hauptschulen und der Unterstufe der AHS wurden angeglichen. Erstmals versuchte man behinderte Kinder in die Volksschulen zu integrieren. Das Schulunterrichtsgesetz des Jahres 1974 legte das Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht von Lehrern, Schülern und Eltern fest. Die Wahl von Klassen- und Schulsprechern sowie Elternvertretern demokratisierte das Bildungswesen nachhaltig. Erfolgreich war die sozialistische Schulpolitik vor allem bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter. Die Anzahl der Gymnasiastinnen und Studentinnen stieg signifikant. Heute ist der weibliche Anteil beim AHS- und Hochschulabschluss höher als der männliche. Die Basis dafür wurde in der Ära Kreisky geschaffen.

Primaria Ingrid Leodolter, beauftragt mit der Leitung des neu geschaffenen Ministeriums für Gesundheit und Umweltschutz, führte den an die Geburtenbeihilfe gekoppelten Mutter-Kind-Pass ein, welcher einen deutlichen Rückgang der Kindersterblichkeit zur Folge hatte. Zugleich versuchte sie erstmals das Bewusstsein für Vorsorgeuntersuchungen zu schaffen.

Die von Justizminister Broda durchgeführte Familienrechtsreform war ein entscheidender Schritt zur rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau. Die bis dahin geltende Stellung des Ehemanns als Oberhaupt der Familie wurde abgeschafft und die Gleichberechtigung der Frau in der Ehe festgelegt. Der Mann konnte seiner Frau beispielsweise nicht mehr untersagen, berufstätig zu sein. Beide Partner waren nun verpflichtet, zum Unterhalt der Familie beizutragen, sei es durch Erwerbstätigkeit oder durch Hausarbeit. Mutter und Vater wurden gleiche Rechte und Pflichten gegenüber den Kindern eingeräumt. Der Mann konnte nun auch den Familiennamen der Frau annehmen. In der Ehe wurde die Frau aus der vermögensrechtlichen Vormundschaft des Mannes befreit. Das Erbrecht begünstigte nun zudem die Frau gegenüber den Kindern.

Zum Streitpunkt der »Großen Strafrechtsreform« wurde die Frage der Entkriminalisierung des Schwangerschaftsabbruchs. Gegner und Befürworter des Abtreibungsparagrafen 144 gingen gleichermaßen auf die Straße. Bruno Kreisky war kein dezidiertes Befürworter der Fristenlösung, da er die von ihm betriebene Aussöhnung der Sozialdemokratie mit der

katholischen Kirche gefährdet sah. Doch die Frauen in der SPÖ, unterstützt von Justizminister Christian Broda, setzten sich durch. Am 1. Jänner 1975 trat in Österreich schließlich ein neues Strafgesetz in Kraft, das den Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten drei Monate straffrei stellte. Gleichzeitig wurde das Karenzurlaubsgeld stark erhöht und ein noch höheres für alleinstehende Mütter eingeführt. So wollte man auf positive Weise einem Schwangerschaftsabbruch entgegenwirken. ÖVP und FPÖ hatten dem Strafgesetz aufgrund der Fristenlösung die Zustimmung verweigert. Es wurde jedoch mit den Stimmen der alleinregierenden SPÖ im Parlament beschlossen.

Die Organisation »Aktion Leben« stellte sich ebenfalls gegen die Fristenlösung und startete 1975 ein Volksbegehren, das 896.579 Österreicherinnen und Österreicher unterzeichneten. Das neue Gesetz konnte damit allerdings nicht zu Fall gebracht werden. Schon Ende 1974 hatten sich zudem in Umfragen bereits 50 Prozent der Österreicher für den straffreien Schwangerschaftsabbruch ausgesprochen. Auch ein anhaltender Konflikt mit der katholischen Kirche blieb aus, obwohl diese den Abtreibungsparagrafen dezidiert ablehnte. Doch Kardinal König erklärte das Thema Abtreibung zur persönlichen Gewissensfrage, über welche die Gläubigen selbst zu entscheiden hätten.

Nachhaltig konfliktreich und bis heute ungelöst gestaltete sich hingegen die Frage der zweisprachigen Ortstafeln. 1972 wurde auf Anregung des Kärntner Landeshauptmanns Hans Sima im Parlament der Antrag zur Aufstellung deutsch- und slowenischsprachiger Ortstafeln in den gemischtsprachigen Gemeinden Kärntens eingebracht. Damit sollte der Artikel 7 des Staatsvertrags endlich erfüllt werden. ÖVP und FPÖ sprachen sich gegen diesen Vorschlag aus, weshalb die SPÖ das Gesetz im Alleingang beschloss. Im Herbst 1972 erfolgte die Aufstellung der ersten zweisprachigen Ortstafeln, die in einer vom Kärntner »Heimatsdienst« initiierten Aktion abmontiert, zerstört und vor der Landesregierung deponiert wurden. Darauf folgten seitens der »Heimatsdienst«-Aktivisten heftige verbale Angriffe auf Sima und Kreisky. Als der Regierungschef am 28. Oktober 1972 die Klagenfurter Arbeiterkammer nach einer Veranstaltung zur Ortstafelfrage verlassen wollte, riet man ihm, einen Nebenausgang zu benutzen, um der wüsten Demonstration vor dem Gebäude zu entgehen. Er erklärte: »Ein Bundeskanzler verlässt das Haus nicht durch die Hintertür!« Hunderte tobende Demonstranten empfingen ihn mit antisemitischen Beschimpfungen und attackierten ihn und Sima mit Eiern und Tomaten. 1974 wurde der Rücktritt des Kärntner Landeshauptmanns erzwungen. Währenddessen gingen auch die Vertreter der slowenischen Minderheit auf die Straße, um sich für die Umsetzung ihrer Rechte Gehör zu verschaffen. 1973 nahm die »Studienkommission für Probleme der Slowenischen Volksgruppen« ihre Arbeit auf. Ihr Zwischenbericht tendierte zu einer neuerlichen Feststellung des Minderheitenanteils, wie sie auch die deutschnationale Opposition schon 1972 gefordert hatte. Eine Fortsetzung des Konflikts, welcher 1976 nach einer missglückten Minderheitenfeststellung vorläufig stillgelegt werden sollte, war abzusehen. Kreisky, der sich stets für die Rechte von Minderheiten, für die Integration von Zuwanderern und für die Gewährleistung der Hilfe für Asylsuchende eingesetzt hatte, wurde im Ortstafelstreit mit demokratischer Intoleranz und offener Anfeindung konfrontiert. International erkannte man hingegen seinen Einsatz für Flüchtlinge und Kriegsoffer an. 1975 zeichnete ihn das »International Rescue Committee« in New York mit dem »Freedom Award« aus.

Internationaler und vor allem europareifer sollte nach Vorstellung des Kabinetts Kreisky aber auch die heimische Wirtschaft werden. Österreich befand sich zu Beginn der Ära Kreisky noch in einer Hochkonjunkturphase. Zudem kam es 1972 zu einem Freihandelsabkommen

zwischen Wien und Brüssel, das die stufenweise Beseitigung aller Zölle und Verkehrsbeschränkungen im Gewerbe- und Industriebereich sowie signifikante Liberalisierungsschritte in der Landwirtschaft vorsah. Die Einführung der Mehrwertsteuer, die Reformierung der Gewerbeordnung und die Fusionierung der verstaatlichten Stahlindustrie sollte Österreichs Wirtschaft international konkurrenzfähiger und europareif machen. Ende 1972 beschlossen die Sozialpartner einen Stabilisierungspakt, der auf zurückhaltenden Lohnrunden, Preisdisziplin und einer Verteuerung der Kredite basierte. Im Jahr darauf setzte Finanzminister Androsch, unterstützt von ÖGB-Präsident Benya und der Österreichischen Nationalbank und gegen den Willen Bruno Kreiskys und der Industriellenvereinigung, eine Hartwährungspolitik durch, die den Schilling fortan an die Deutsche Mark band. Auf diese Weise sollte der Wert des »Alpendollars« stabil gehalten und die Gefahr eines Inflationsimports gebannt werden.

Ab 1973 machten sich die Grenzen des Wachstums zusehends bemerkbar. Der Ölpreisschock des Jahres 1973 traf Österreich etwas verzögert, führte aber auch hier zu spürbaren Konsequenzen. Die Regierung verordnete einen autofreien Tag: Jeder Kfz-Besitzer musste nach freier Wahl einen Tag in der Woche auf das Autofahren verzichten. Durch das »Pickerl« war dieser Tag an der Windschutzscheibe anzuzeigen. Energiesparen wurde zu einem Thema, und erste Überlegungen, neue Formen der Strom- und Treibstoffgewinnung zu entwickeln, fanden unter anderem im »Club of Rome«, in welchem sich auch Schwedens Ministerpräsident Olof Palme, ein enger Freund Kreiskys, engagierte, eine breite Diskussionsbasis.

Der Bedeutung der Medien und der öffentlichen Meinung für den politischen Erfolg war sich Bruno Kreisky von Beginn an bewusst. 1972 führte er nach der wöchentlichen Ministerratssitzung das Pressefoyer ein. Hier stand er den Journalisten Rede und Antwort, bewarb und verteidigte seine Politik, gab Themen vor und wusste die Presse durchaus in seinem Sinne zu instrumentalisieren. Sein »Ich bin der Meinung« war bald legendär. Der »telegene« Kanzler behielt aber vor allem auch den wachsenden Einfluss des Fernsehens im Auge, das er wie kein österreichischer Politiker vor ihm und nach ihm zu nutzen verstand. Kreisky wirkte im Fernsehen ungemein überzeugend, sowohl in Interviews als auch in der Konfrontation mit politischen Gegnern. Doch der 1972 medial massiv aufbereitete Empfang für Karl Schranz, der aufgrund eines Streits um den Amateurstatus des Athleten von den Olympischen Winterspielen im japanischen Sapporo ausgeschlossen worden war, verdeutlichte Kreisky die Mobilisierungskraft der Television. Der Kanzler selbst wurde im Zuge des »Schranz-Rummels« dazu gedrängt, mit dem Sportler auf den Balkon des Kanzleramts zu treten. Die gesamte Situation war ihm zutiefst unangenehm.

Umso mehr lag es im Interesse der SPÖ, die bürgerliche Dominanz in der Führung des ORF zu brechen. Die Unabhängigkeit des Rundfunks war 1964 die Intention eines von Journalisten und Zeitungsherausgebern angeregten Volksbegehrens gewesen. Als die ÖVP 1966 unter Bundeskanzler Klaus eine Alleinregierung bildete, nahm sie sich des Themas an. Durch das Rundfunkgesetz 1966 wurde der ORF begründet – was für Österreich dank dem neu gewählten Generalintendanten Gerd Bacher und seinem Team einen ersten wesentlichen Modernisierungsschub bedeutete, welcher Kreisky den Aufstieg in den späten Sechzigerjahren erleichterte. Das Gesetz legte fest, dass im Aufsichtsrat jedes Bundesland über je eine Stimme verfügt, womit sich die Volkspartei eine Mehrheit sicherte – was nicht verhindern konnte, dass die Gründung des ORF Kreisky und nicht Klaus am meisten nützte. Als die SPÖ 1970 den Wahlsieg errang, war ein Konflikt mit ORF-Generalintendanten Gerd

Bacher – zumal dieser häufig mit einem Tiger verglichen wurde – vorhersehbar. Bereits im selben Jahr kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem ÖGB und Bacher, da sich Letzterer weigerte, die von ihm geplante Gebührenerhöhung den Sozialpartnern zur Genehmigung vorzulegen. Beim Villacher Parteitag 1972 offenbarte Kreisky dann erstmals seine Pläne für einen reformierten Rundfunk. Er plädierte für eine »Demokratisierung« des ORF mittels Hörer- und Sehervertretung und sprach von der Möglichkeit eines »Verlegerfernsehens«, wodurch das TV-Monopol ein Ende gefunden hätte. Das neue Rundfunkgesetz vom 10. Juli 1974 legte schließlich gegen die Stimmen von ÖVP und FPÖ die Entscheidungsgewalt bei TV und Radio in die Hände eines ORF-Kuratoriums mit damals stabiler sozialistischer Mehrheit. Danach wurde Gerd Bacher mit knapper Mehrheit abgewählt und durch Otto Oberhammer, einen leitenden Beamten des Justizministeriums, ersetzt. 1978 kehrte Bacher jedoch wieder an die Spitze des ORF zurück, da sich die SPÖ-Mehrheit im Kuratorium in zwei Lager gespalten hatte. Das Rundfunkgesetz 1974 brachte eine Föderalisierung des Fernsehprogramms und den Ausbau der Landesstudios. Die Dezentralisierung der Entscheidungskompetenz förderte die Kreativität und Eigenständigkeit von Redakteuren und Programmverantwortlichen. Sendungen wie die »ZIB 2«, der »Club 2« oder auch das Magazin »Wir« wurden in dieser Zeit erdacht. Neues und nicht selten Provokatives nahm hier seinen Anfang. Junge Schriftsteller wie Peter Turrini und Walter Pevny richteten etwa mit der Fernsehfilmserie ALPENSAGA einen anderen, unverklärten Blick auf das Leben der bäuerlichen Bevölkerung von der Monarchie bis 1945 – die Entscheidung, die ALPENSAGA zu produzieren, war allerdings schon vor 1974 von Helmut Zilk und Gerd Bacher getroffen worden. Franz Novotny und Otto Zykan verursachten mit ihrer STAATSOPERETTE, die den Austrofaschismus deftig-grotesk in Szene setzte, einen TV-Skandal, der nicht nur über 800 Protestanrufe, sondern auch eine Bombendrohung beim ORF nach sich zog. Eine ähnliche Empörungswelle löste die Erstaussstrahlung der Krimireihe KOTTAN ERMITTELT von Helmut Zenker und Peter Patzak aus. Von der Diffamierung eines ganzen Berufsstandes war die Rede. Diese und andere Beispiele zeigen, was in der Ära Kreisky möglich wurde. Eine »Radikalität in der Kultur«, so Kreisky, ist »Voraussetzung für jede Produktivität«. Das galt, obwohl dem Kanzler persönlich manches zu weit ging. So zeigte er sich von der STAATSOPERETTE wenig erfreut und ging nach der Übertragung des musikalischen Oratoriums *Die Proletenpassion* von der Musikgruppe »Schmetterlinge« so weit, bei Franz Kreuzer, dem verantwortlichen Programmintendanten, wütend zu protestieren. Kulturpolitik wurde nun auch abseits der Hochkultur betrieben. Gegenwartsliteratur und Avantgarde hatten ebenso ihren Platz. Ein Sozialfonds für Autoren wurde geschaffen. Das alles entsprach einem klugen sozialdemokratischen Kalkül. Viele Künstlerinnen und Künstler sahen sich von Kreisky anders respektiert als durch die Politik davor und traten offen für ihn und seine Politik auf.

Österreich war weltoffener und internationaler geworden. Politiker aus aller Welt trafen in der Alpenrepublik zusammen. Während die Tagung der Sozialistischen Internationale und der Besuch Indira Gandhis auf positiven Rückhall stießen, führte der Aufenthalt des US-Präsidenten Richard Nixon 1972 zu Protesten. Eine groß angelegte Demonstration, die sich gegen den von den USA geführten Vietnamkrieg richtete und an der auch Kreiskys Sohn Peter beteiligt war, zeigte eine sich neu etablierende Protest- und Zivilgesellschaft.

Dass Österreich entgegen der päpstlichen Feststellung keine »Insel der Seligen« war, bewiesen auch der Terrorakt in Schönau östlich von Wien und der OPEC-Überfall in Wien. Seit 1965 wurden sowjetische Juden mit dem Emigrationsziel Israel in Schloss Schönau

untergebracht. 1973 entführten palästinensische Terroristen drei jüdische Emigranten und einen österreichischen Zöllner und forderten die Schließung Schönaus und das Ende der Transitrolle Österreichs. Bruno Kreisky gab nach und ermöglichte den freien Abflug der Terroristen. Die Geiseln kamen frei. Hinter den Kulissen sorgte der Kanzler jedoch dafür, dass die Flüchtlinge weiterhin einen sicheren Ort in Österreich auf ihrem Weg nach Israel fanden. Kreiskys Handeln rief international – vor allem in den USA und in Israel – Proteste hervor. Drei Tage später reiste die israelische Ministerpräsidentin Golda Meir nach Wien, um Kreisky von der Schließung Schönaus abzubringen. Kreisky blieb bei seiner Entscheidung, sicherte aber zu, die Transitfunktion Österreichs für sowjetische Juden weiterhin aufrechtzuerhalten. Doch das genügte Golda Meir nicht. Empört verließ sie Wien und erklärte, dass man ihr in Österreich nicht einmal ein Glas Wasser angeboten habe. Eine Behauptung, die von Kreisky und seiner Mitarbeiterin Margit Schmidt als falsch bezeichnet und vielmehr metaphorisch gedeutet wurde: Sie habe nicht erreicht, was sie wollte.

Zwei Jahre danach verübte eine radikale Splittergruppe unter der Führung von Ilich Ramírez Sánchez – bekannt unter dem Namen »Carlos« – einen blutigen Anschlag auf das Wiener Hauptquartier der OPEC, der Organisation Erdöl exportierender Länder. Elf Erdölminister und deren Mitarbeiter wurden in Geiselhaft genommen, drei Menschen getötet. Nach Freilassung der österreichischen Geiseln konnten die Terroristen mit den restlichen Geiseln nach Algier fliegen. Dort erlangten auch diese Geiseln ihre Freiheit wieder. Kreiskys Vorgehen stieß auch in diesem Fall auf Israels Kritik.

Trotzdem war Kreisky auf israelische Initiative hin zum Leiter einer »Fact Finding Mission« der Sozialistischen Internationale in den Nahen Osten berufen worden, die 1974 stattfand. Die Delegation europäischer Sozialisten sollte Bedingungen, die zu einer friedlichen Lösung der Nahostfrage führen könnten, eruieren. Im Zuge dieses Unternehmens traf Kreisky erstmals mit Ägyptens Staatspräsident Anwar as-Sadat und dem Palästinenserführer Jassir Arafat zusammen. Zwei weitere »Fact Finding Missions« sollten folgen.

1975 gab es wieder Nationalratswahlen. Man setzte auf die erbrachten Leistungen, wie etwa eine Steuerreform, welche vor allem den Unverheirateten und den Alleinverdienern Vorteile brachte. Die Heiratsbeihilfe, die Schulbuchaktion und die Schülerfreifahrt, aber auch die Bergbauernhilfe wurden in Erinnerung gerufen. »Kreisky – wer sonst?« lautet der Slogan der SPÖ. 1971 war noch Kreiskys Team Teil der Wahlkampagne gewesen. Die Personalisierung der Politik war – auch bedingt durch den Siegeszug des Fernsehens – weiter vorangeschritten.

Nachdem ÖVP-Chef Karl Schleinzer, bereits im Wahlkampf befindlich, bei einem Unfall ums Leben gekommen war, wurde Josef Taus neuer Obmann der Volkspartei. In der SPÖ wurde über eventuelle Verluste bei der kommenden Wahl spekuliert und FPÖ-Chef Peter als möglicher Koalitionspartner ins Spiel gebracht. Doch die SPÖ erreichte neuerlich die absolute Mehrheit, der Mandatstand blieb gleich. Die nicht offen ausgesprochene Überlegung, mit Friedrich Peter eine Regierung zu bilden, sollte jedoch zu einem heftigen Konflikt zwischen Simon Wiesenthal und Bruno Kreisky führen, auf welchen noch näher einzugehen sein wird.

DVD 3

Krisen und Konflikte 1945 - 1979

Auch das Kabinett Kreisky III setzte die Reformbestrebungen fort. Hertha Firnberg, die dem 1970 neu gegründeten Wissenschaftsministerium vorstand, war darangegangen, die Hochschulen umzugestalten. Schon 1972 waren die Studiengebühren abgeschafft worden. Das heftig umstrittene Universitätsorganisationsgesetz sah das Mitbestimmungsrecht der Studenten, Assistenten und Dozenten vor. Die Professoren verloren in allen Gremien die absolute Mehrheit.

Justizminister Broda schuf im neuen Scheidungsrecht die Möglichkeit, die Ehe einvernehmlich aufzulösen. Bei einer Scheidung wurde nun die Teilung des Vermögens vorgenommen, was ebenso wie das neu eingeführte Unterhaltsvorschussgesetz eine finanzielle Absicherung der Frauen mit sich brachte. 1979 wurden vier Frauen gleichzeitig als Staatssekretärinnen in die Regierung berufen. Am wichtigsten: Johanna Dohnal leitete das neu errichtete Staatssekretariat für Frauenfragen.

Das Sozialsystem wurde weiter ausgebaut: Arbeiter hatten nun so wie Angestellte einen Abfertigungsanspruch. Die Sozialversicherung wurde auf praktisch alle Bevölkerungsgruppen ausgedehnt. Das Konsumentenschutzgesetz und die Einrichtung der Volksanwaltschaft folgten. Im Bereich der Altenfürsorge und -pflege wurden neue Wege der staatlichen Organisation gefunden. Mit den entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen verlagerte sich die Fürsorgefunktion von der Familie, dem Freundeskreis und der Nachbarschaft hin zur öffentlichen Hand.

Das gemeinsame Interesse an sozialen Fragen hatte zunehmend katholische Aktivisten und Vertreter der Sozialdemokratie zusammengeführt. Bekennender Katholik zu sein und sozialdemokratisch zu wählen, war für viele zur Normalität geworden. Vom politischen Katholizismus der Zwischenkriegszeit hatte die Kirche schon im Mariazeller Manifest von 1952 Abschied genommen. Das Bekenntnis zum »freien Staat« ging mit dem Abbau ideologischer Barrieren und den Reformbestrebungen des Zweiten Vatikanischen Konzils einher. Ambivalent war und blieb jedoch die Beziehung der Kirche zur fortschreitenden Säkularisierung und Individualisierung sowie zur Entstehung einer liberalen, »hedonistischen« Konsumgesellschaft.

Dieses neue Konsumverhalten wurde durch zunehmenden Wohlstand ermöglicht. Doch ab Mitte der Siebzigerjahre wurde die Weltwirtschaftskrise allmählich auch in Österreich spürbar. Um einer Stagflation, also einer Kombination von hoher Inflation und wirtschaftlicher Stagnation, entgegenzuwirken, setzte die Regierung eine Reihe antizyklischer Maßnahmen. Es wurde in die verstaatlichte Industrie und in Bauprojekte investiert. Auch private Unternehmen erhielten Unterstützungen. So setzte sich Kreisky etwa für den Aufbau einer österreichischen Autozulieferindustrie ein. Parallel dazu setzten Finanzminister und ÖGB auf eine restriktive Einkommens- und eine stabilitätsorientierte Geld- und Währungspolitik. Rückblickend nannten Ökonomen dieses österreichische Modell »Austrokeynesianismus« – ein Begriff, den Hannes Androsch nur als teilweise richtig erachtet. Sicher ist, dass die Methode des »Deficit Spending« erfolgreich war. Zwischen 1975 und 1981 erreichte Österreich ein jährliches Durchschnittswachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 2,7 Prozent und lag damit etwas über dem OECD-Schnitt von 2,5 Prozent. Die Inflationsrate unterschritt mit 9,4 Prozent deutlich den Durchschnittswert der OECD von 11,2. Allen voran aber lag die Arbeitslosenrate Österreichs (2,2 Prozent) weit unter jener der OECD-Staaten

(8,2 Prozent). Der Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze war stets das erklärte Ziel Bruno Kreiskys gewesen, der mahnend an die Folgen der Not der Dreißigerjahre erinnerte. Dabei strich er immer wieder die Pflicht der Regierung hervor, »die Menschen in Arbeit zu halten«. Er gab der Vollbeschäftigungspolitik absoluten Vorrang.

Wirtschaftspolitische Überlegungen standen auch im Zentrum der osteuropäischen Kontakte. Im Zuge der Ölkrise und der westlichen Strukturkrise suchte man den Osthandel zu forcieren. Zugleich engagierte sich Kreisky für eine positive ökonomische Entwicklung der Dritten Welt. Sowohl beim Landesparteitag der SPÖ Wien 1977 als auch im Zuge der 1979 in Wien tagenden Nord-Süd-Kommission plädierte er dafür, die großen wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern zu verringern.

Kreisky versuchte sich zudem weiterhin in der Rolle des Friedensvermittlers im Nahen Osten, vor allem über seine Verbindungen innerhalb der Sozialistischen Internationale. 1974/75 leitete er zwei weitere »Fact Finding Missions«. Im Endbericht verwies er darauf, dass die Errichtung eines palästinensischen Staates im Bereich des Gazastreifens und der Westbank eine Voraussetzung für den Frieden im Nahen Osten sei. Die arabische Welt wäre seines Erachtens zu Verhandlungen bereit, wolle den Staat Israel dann nicht mehr infrage stellen und sei an einer Lösung interessiert. Bewusst verwendete Kreisky die Bezeichnung Palästinenser, was damals keineswegs üblich war. Man sprach allgemein von Arabern und gestand den Palästinensern nicht zu, ein eigenes Volk zu sein. In dieser Frage war Kreisky seiner Zeit weit voraus.

Zur Entspannung der Situation fanden sich in Österreich Vertreter beider Seiten ein, um Gespräche zu führen. Schon 1975 hatten die Außenminister der USA und der UdSSR, Henry Kissinger und Andrej Gromyko, den Nahostkonflikt zu einem Thema ihrer Zusammenkunft in Wien gemacht. Nur wenige Wochen später trafen der amerikanische Präsident Gerald Ford und Ägyptens Staatsoberhaupt Anwar as-Sadat zu einer von Kreisky vermittelten Unterredung in Salzburg zusammen. Im Sommer 1978 kam es auf Initiative des Kanzlers zu Gesprächen zwischen Sadat, dem damaligen Chef der israelischen Arbeiterpartei Shimon Peres und Willy Brandt. Dem 1978 mit Unterstützung Jimmy Carters zwischen Israel und Ägypten ausverhandelten Friedensabkommen von Camp David stand Kreisky skeptisch gegenüber. Der Konflikt konnte seiner Ansicht nach nicht auf rein bilateraler Ebene gelöst werden, man solle das ganze Problem ins Auge fassen. Ähnlich äußerte sich PLO-Führer Arafat bei den zwischen ihm, Kreisky und Brandt geführten Nahostgesprächen. Die Frage müsse auf der Ebene des UNO-Sicherheitsrates geklärt werden. Gleichzeitig verwies Kreisky darauf, Arafat gegenüber klargestellt zu haben, dass er den palästinensischen Terror in jedem Fall ablehne. In Israel stieß das Treffen in Wien auf breite Kritik. Den PLO-Führer wie einen Staatsmann zu empfangen, wurde als Provokation empfunden.

Das Verhältnis Israels zu Kreisky war mehr als gespannt, und das nicht erst seit dem Besuch Arafats in Wien. 1975, unmittelbar nach den Wahlen, kam es zu Ereignissen, die dazu beitrugen, dass die österreichisch-israelischen Beziehungen an einem Tiefpunkt anlangten. Vor den Wahlen 1975 war über eine mögliche SPÖ-FPÖ-Koalition spekuliert worden. Durch die neuerliche Mandatsmehrheit der SPÖ stellte sich die Frage letztlich nicht. Simon Wiesenthal, der Leiter des »Dokumentationsarchivs des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes«, wollte die Option einer Regierungsbeteiligung der FPÖ, und vor allem Friedrich Peters, verhindern. Er stellte ein Dossier über die SS-Vergangenheit Peters zusammen, welches er noch vor der Wahl Bundespräsident Kirchschräger übergab. Einige Tage nach der Wahl präsentierte er die Dokumente der Öffentlichkeit. Darin wurde belegt,

dass Peter von 1941 bis 1943 der Ersten SS-Infanterie-Brigade angehört hatte, die in der Sowjetunion fortgesetzt Massenerschießungen an jüdischen Männern, Frauen und Kindern durchführte. Friedrich Peter wies die Vorwürfe vehement zurück. Er wäre, als sich in seiner Einheit die schlimmsten Exzesse ereigneten, in einem Militärlazarett gewesen, hätte an keinen Erschießungen teilgenommen und letztlich »nur seine Pflicht getan«. Ein Satz, der 11 Jahre später auch von Kurt Waldheim in gleicher Weise gebraucht werden sollte und ebenso für internationale Schlagzeilen sorgte.

Kreisky wollte Peter glauben und verteidigte ihn. Doch dabei blieb es nicht. Er verstand die Anschuldigungen Wiesenthals, der der ÖVP nahestand, als einen Angriff auf seine Person und schlug mit über jedes Maß hinausgehenden verbalen Attacken und unhaltbaren Unterstellungen zurück. Er sprach von den »Mafia-Methoden des Herrn Wiesenthal« und verstieg sich zu der Vermutung, dieser habe während des Krieges mit der Gestapo kollaboriert. Ein extrem rufschädigendes Gerücht, das der polnische Geheimdienst in Umlauf gebracht hatte. Simon Wiesenthal kündigte an, Kreisky zu klagen. Der verlangte wiederum die Aufhebung seiner Immunität, um den Prozess gegen Wiesenthal führen zu können. Außerdem wollte der Kanzler einen Untersuchungsausschuss gegen den Leiter des jüdischen Dokumentationsarchivs einsetzen. Ein Großteil der Österreicher solidarisierte sich mit Kreisky. Es gab wüste antisemitische Leserbriefe, die nicht gedruckt wurden – auch an die *Arbeiterzeitung*. Das Wochenmagazin *profil*, insbesondere dessen Chefredakteur Peter Michael Lingens, und zahlreiche internationale Blätter bezogen klar gegen den Kanzler Stellung. Kreiskys Tiraden gegen Wiesenthal und gegen den Zionismus trübten das Ansehen Österreichs vor allem in den USA und in Israel.

Die Erklärungsversuche für Kreiskys zügellose Emotionalisierung sind vielfältig: Zum einen die Nähe Wiesenthals zur ÖVP, wo es bisweilen auch antisemitische Äußerungen gab und in deren Reihen sich ebenfalls ehemalige NSDAP-Mitglieder fanden. Trotzdem hatte Wiesenthal diesbezüglich nie Kritik geäußert. Zum anderen das völlig konträre jüdische Selbstverständnis Kreiskys und Wiesenthals und ihre unterschiedliche Haltung zu Israel. Hier standen ein vollständig assimilierter österreichischer Jude und ein Zionist in der Tradition des Ostjudentums einander unversöhnlich gegenüber. Nicht selten unterstellte man Kreisky einen regelrechten jüdischen Selbsthass – was nicht zutrifft. Wie vielschichtig die Gründe auch gewesen sein mögen, die feindselige Haltung beider hielt ein Leben lang. Kreiskys Immunität wurde letztlich nicht aufgehoben, Wiesenthal zog seine Klage zurück, ein Untersuchungsausschuss wurde nicht eingesetzt. Aber zu einer Versöhnung kam es nie.

Ein anderer innenpolitischer Konflikt aus der vergangenen Regierungsperiode wurde vorläufig beruhigt – jener um die Kärntner Ortstafeln. Der Endbericht der eingesetzten Kommission wurde 1975 vorgelegt und von den Slowenenvertretern abgelehnt. Trotzdem verabschiedete der Nationalrat im Juli 1976 eine Novelle zum Volkszählungsgesetz, welche eine geheime Sprachenermittlung ermöglichte. Zudem sollte von nun an die Aufstellung zweisprachiger Ortstafeln von einem 25-prozentigen Anteil der slowenischen Bevölkerung abhängig gemacht werden. Bislang lag der Richtwert bei 20 Prozent. Die Slowenen konnten damit nicht zufrieden sein. Die im November 1976 erfolgte Spracherhebung wurde von einem großen Teil der slowenischen Bevölkerung boykottiert, auch von vielen Deutschsprachigen. Das Resultat galt daher als unbrauchbar. Schließlich zog man zur Ermittlung der Muttersprache das Ergebnis der letzten regulären Volkszählung sowie die Zahl der zweisprachigen Schüler heran. Zweisprachige Ortstafeln wurden letztlich in 91

Ortschaften und acht Gemeinden Südkärntens aufgestellt. Der Konflikt war somit vorläufig beigelegt.

1976/77 war es erstmals ein Regierungsmitglied, das eine Krise des Kabinetts Kreisky III auslöste. Ein illegaler Waffen- und Munitionstransport nach Syrien wurde Ende 1976 am Flughafen Schwechat gestoppt. Syrien war ein Krieg führender Staat, womit eine eindeutige Neutralitätsverletzung vorlag. Verteidigungsminister Karl Lütgendorf verstrickte sich in Widersprüche und klagte darüber, dass sein Engagement für die österreichische Exportwirtschaft ihm nun negativ ausgelegt werde. Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss bestätigte Lütgendorfs »unbekümmerte« Vorgehensweise. Ende Mai 1977 musste der Verteidigungsminister zurücktreten. Lütgendorf, der zudem verdächtigt wurde, am Rande in den Versicherungsbetrug des Frachters »Lucona« verstrickt zu sein, kam 1981 bei einem Jagdunfall ums Leben, der bis heute die Frage offenlässt, ob es sich hierbei um Suizid oder Mord gehandelt hat.

Viel nachhaltiger als die Causa Lütgendorf belastete ein anderer innerparteilicher Konflikt zunehmend das Kabinett Kreisky, aber auch die SPÖ insgesamt. 1970 hatte Kreisky stolz mit Hannes Androsch einen jungen, dynamischen Finanzminister präsentiert, der zudem aus der Praxis kam, nämlich aus einer Steuerberatungskanzlei. Eben dieser einstige Bonus wurde im Verlauf der zweiten Hälfte der Siebzigerjahre zunehmend als Problem wahrgenommen. Doch das allein war es nicht. Die Differenzen hatten vielfältige tiefe Wurzeln. 1973 hatte Androsch unter Einbeziehung der Sozialpartner und mit Unterstützung des damaligen Vizepräsidenten der Nationalbank Karl Waldbrunner und des ÖGB-Chefs Anton Benya eine Wechselkursanpassung vorgenommen und seinen Hartwährungskurs gegen Kreiskys Vorstellungen durchgesetzt. Auch hinsichtlich der Finanzierung des Sozial- und Wohlfahrtsstaates (Eigenbehalte, persönliche Pensionsvorsorge) gab es unterschiedliche Standpunkte. Den Vorschlag der »Kronprinzen« Leopold Gratz und Hannes Androsch, Kreisky könnte 1974, nach dem Tod Franz Jonas', das Amt des Bundespräsidenten übernehmen, lehnte der Kanzler gereizt ab. Retrospektiv wollte er darin den Versuch erkannt haben, ihn als Regierungschef zu stürzen. Bewusst war Kreisky auch die zunehmende Popularität seines Finanzministers in der Bevölkerung, aber auch und vor allem in der eigenen Partei. Das irritierte ihn.

1975 tauchten erste Gerüchte über eine unklare Finanzierung der Villa des Finanzministers auf. Nach der erfolgreichen Nationalratswahl 1975 erklärte Androsch dem Kanzler, dass er die Politik verlassen und sich für den Posten des Präsidenten der Österreichischen Nationalbank bewerben wolle. Kreisky hatte für diese Funktion aber bereits den ehemaligen ÖVP-Finanzminister Stephan Koren vorgesehen. Zudem empfand er Androschs Ansinnen als Vertrauensbruch. Die Arbeitsbeziehung zwischen den beiden, die in den ersten Regierungsjahren besonders eng – und besonders erfolgreich – gewesen war, verschlechterte sich nun weiter, was im Kreiskylager auf Sachkonflikte und zunehmende Skepsis gegenüber Androschs Lebensstil zurückgeführt wurde, im Androschlager auf wachsende Eifersucht des Kanzlers gegenüber Androschs Popularität innerhalb und außerhalb der Partei und darauf, dass dieser sich immer offensichtlicher von Kreisky emanzipierte. Ein zusätzlicher Faktor war in den Augen Hannes Androschs der Gesundheitszustand des Kanzlers, der sich stetig verschlechtert habe, ohne dass dies der Öffentlichkeit schon damals bewusst wurde.

1978 eskalierte die Situation, da die Mehrheitsbeteiligung des Finanzministers an der florierenden Steuerberatungsfirma »Consultatio« ins Zentrum der medialen Berichterstattung

rückte, weshalb Androsch zunehmend ins Kreuzfeuer der Kritik geriet. Die bis dahin innerparteiliche Auseinandersetzung wurde nun auch öffentlich ausgetragen. Der von Androsch angebotene Rücktritt wurde vom Kanzler abgelehnt. Zugleich verlautbarte Kreisky über die Medien, dass »wohl niemand Parteivorsitzender der SPÖ werden könne, der gleichzeitig andere (Geschäfts)Interessen habe«. Androsch übertrug seine Anteile an der »Consultatio« Ende 1978 an drei Treuhänder. Der Konflikt wurde nach außen hin vorübergehend beigelegt, sollte aber in den folgenden Jahren eine Fortsetzung finden.

Die von der Regierung seit 1970 umgesetzten Reformen begünstigten ein sozialliberales Klima und führten zu stärkerer Individualisierung. Das kulturelle Schaffen Österreichs wurde vielfältiger, bunter, moderner und streitbarer. Große Aufmerksamkeit zog die Besetzung des stillgelegten Schlachthofs St. Marx in Wien auf sich. Diesen verwandelte die sogenannte »Arena-Bewegung« in ein Veranstaltungs- und Kommunikationszentrum. Obwohl die Aktion nur von Juni bis Oktober 1976 andauerte, wirkte der Wunsch nach kulturellem, sozialem und politischem Wandel weit über den Augenblick und die Bundeshauptstadt hinaus als Signal einer Neuorientierung. In der »Arena-Bewegung« machte sich das Entstehen einer Zivilgesellschaft bemerkbar. Protestverhalten und Widerstand wurden bisweilen von großen Teilen der Bevölkerung mitgetragen.

Deutlich zeigte sich dies im Streit um das Atomkraftwerk Zwentendorf. Im Zuge der verbreiteten Fortschrittseuphorie und Industriegläubigkeit war Wien bereits 1957 Sitz der Internationalen Atomenergiebehörde geworden. In den Sechzigerjahren wurde seitens der Energiewirtschaft darauf gedrängt, sich auch in Österreich der Kernkraft zu bedienen, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Die Regierung Klaus stand diesem Wunsch positiv gegenüber. Bald wurde nach Standorten für Atomkraftwerke gesucht. Man entschied sich für eine Anlage in Zwentendorf. Weitere Atommeiler waren in St. Pantaleon und in Kärnten geplant. Das Kabinett Kreisky setzte die Realisierung dieser Projekte mit Unterstützung von Gewerkschaft und Industrie fort. Mitte der Siebzigerjahre begann sich der Zeitgeist jedoch zu wandeln. In ganz Europa formierte sich eine Anti-Atomkraftbewegung, die über die Gefahren dieser angeblich »sauberen Energieform« aufklärte. Die Regierung versuchte nun ihrerseits, mit einer Informationskampagne die Vorteile der Kernenergie für Österreichs Wirtschaft und für den einzelnen Konsumenten zu propagieren. Insgesamt war dieses Unterfangen wenig erfolgreich. Selbst in den Reihen der SPÖ regte sich Widerstand. Der einstige AZ-Chefredakteur Paul Blau begründete die Aktion »Sozialisten gegen Atomstrom«, der sich auch Kreiskys Sohn Peter und seine Schwiegertochter Eva anschlossen.

1976 verlor Kreiskys Freund Olof Palme auch wegen der AKW-Frage die Wahlen in Schweden. Dem Kanzler wurde die Sprengkraft dieser Debatte bewusst. Er unternahm daher den Versuch, die ÖVP in die parlamentarische Verantwortung bezüglich Zwentendorf einzubinden. Diese schwenkte nun aber aus politischem Kalkül auf einen Anti-Atomkurs um. Man argumentierte mit Unklarheiten im Bereich der Sicherheit und mit der bislang nicht gelösten Frage der Endlagerung des Atommülls. Der Kanzler entschied daraufhin, über die Inbetriebnahme Zwentendorfs eine Volksabstimmung abzuhalten. Und nicht nur das – er machte das Votum zu einer Vertrauensfrage und verband es, allerdings etwas vage, mit seinem weiteren politischen Schicksal. Ein Teil der ÖVP-Wähler, der an sich für die Atomkraft votiert hätte, sprach sich nun gezielt dagegen aus.

Das Ergebnis am 5. November 1978 war für alle überraschend. 50,5 Prozent der Österreicher stimmten mit »Nein«. Der Kanzler bot als Konsequenz dem Parteivorstand

seinen Rücktritt an. Dies wurde nicht nur abgelehnt, man übertrug Kreisky vielmehr zusätzliche Vollmachten. Der Kanzler machte daraufhin aus der Niederlage einen Erfolg, indem er kurzerhand ein Atomsperrgesetz vorlegte, das nicht nur die Inbetriebnahme Zwentendorfs, sondern auch die Errichtung weiterer Kernkraftwerke in Österreich untersagte. Damit hatten er zweierlei erreicht: Erstens war die Kernenergie kein Wahlkampfthema mehr, zweitens konnte er viele seiner Atomkraftgegner in dieser Frage nun an sich binden. Die Nationalratswahlen 1979, die unter dem Motto »Der österreichische Weg in die Achtzigerjahre« standen, konnten Kreisky und die SPÖ für sich entscheiden. Die Erhaltung der Arbeitsplätze stand im Zentrum des Wahlkampfes. Kreiskys berühmter Ausspruch, »dass mir ein paar Milliarden mehr Schulden weniger schlaflose Nächte bereiten, als ein paar hunderttausend Arbeitslose mir bereiten würden«, fällt in diesen Tagen. Die SPÖ erzielte mit 51,3 Prozent der Stimmen und dem Zugewinn von zwei Mandaten ihr bestes Ergebnis.

DVD 4

Das Ende einer Ära – Globale Spannungen und persönliche Niederlagen 1979 - 1983

Ökonomische Fragen wie die Erhaltung möglichst vieler Arbeitsplätze bei gleichzeitiger Budgetsanierung standen im Zentrum der letzten Regierungsperiode Bruno Kreiskys. Anfang der Achtzigerjahre machte die internationale Rezession auch vor Österreich nicht mehr halt. Die ökonomische Lage war durch die zweite Ölkrise und den Ersten Golfkrieg angespannt. 1980/81 überschritt die Zahl der Arbeitslosen erstmals seit 1970 die Grenze von 100.000. 1982 stieg die Arbeitslosenrate auf 3,5 Prozent. Besonders problematisch gestaltete sich die Situation der VOEST. Schon Mitte der Siebzigerjahre war die Nachfrage auf dem europäischen Stahlmarkt eingebrochen. Um einem Stellenabbau entgegenzuwirken, wurde die VOEST zunehmend subventioniert. Zugleich versuchte man die Marktposition des Konzerns durch neue Technologien und Produktfelder zu stärken. Diese Unternehmungen waren wenig erfolgreich. Die Idee, eine Kanonenproduktion in der Steiermark zu etablieren, sollte später zu einem folgenreichen Skandal wegen illegaler Waffenlieferungen führen (»Noricum«). Grundlegende Restrukturierungs- und Modernisierungsmaßnahmen bei der Verstaatlichten blieben jedoch aus. Die Regierung beschloss 1982 ein Investitionsprogramm, welches über Zuschüsse an verstaatlichte Industrie und Privatwirtschaft die Schaffung neuer Arbeitsplätze ermöglichen sollte. Indes waren die finanziellen Mittel des Staates beschränkt. Zwischen 1975 und 1982 stiegen die Ausgaben für Industrie und Gewerbe durch Haftungsübernahmen im Exportgeschäft, Zuschüsse für Betriebsgründungen und andere Förderungen um 307 Prozent. Seit 1977 ging der Finanzminister daher daran, die expansive Budgetpolitik schrittweise abzubauen. 1981 begann die Vorbereitung für ein Abgabenänderungsgesetz. Es sah eine Anonymitätsabgabe für Sparzinsen vor – von den Gegnern als »Sparbüchelsteuer« bezeichnet. Ergänzt wurde die Maßnahme durch eine sozial gestaffelte Erhöhung der Besteuerung des 13. und 14. Gehalts. Akkordiert wurde dieses Vorhaben, während Kreisky in seinem Urlaubsdomizil weilte, weshalb es als »Mallorca-Paket« Bekanntheit erlangte. Es sollte wesentlich zum Verlust der absoluten Mehrheit 1983 beitragen.

Der von der Opposition gegenüber der SPÖ wiederholt vorgebrachte Vorwurf, eine »Schuldenpolitik« betrieben zu haben, ist indes so nicht haltbar. Die Staatsverschuldung stieg zwar von 1970 bis 1983 von 19,4 auf 46,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, lag aber im gesamten Zeitraum unter dem Durchschnitt der späteren EU-15-Staaten. Auch war der Zuwachs der Staatsschuld allein in den fünf Jahren nach Kreisky in absoluten Zahlen etwa gleich hoch wie in den 14 Jahren davor. Hingegen überstieg das österreichische Pro-Kopf-Einkommen 1983 erstmals westeuropäischen Standard. Österreich war ein reiches Land geworden.

Die Reformbewegung der Ära Kreisky war 1977 weitgehend abgeschlossen. Erste gesellschaftliche Veränderungen machten sich nun bemerkbar, etwa im Bereich der Gleichstellung von Mann und Frau. Allmählich eroberten junge Frauen auch bisherige »Männerdomänen« und wurden dabei von der Politik unterstützt. Wichtige Schritte waren per Gesetz bereits getan worden. 1978 wurde auf Initiative der späteren Staatssekretärin Johanna Dohnal das erste Frauenhaus in Wien eingerichtet. Gewalt in der Familie sollte nun

auch politisch nicht mehr gänzlich tabuisiert werden. Geschlagenen Frauen und ihren Kindern wurde unmittelbar geholfen und Schutz geboten.

Auch im Gesundheitsbereich wurden die Reformen spürbar. So lag die Säuglingssterberate (gestorbene Säuglinge auf 1.000 Lebendgeborene) 1983 bei 11,9 Promille, während sie 1970 noch 25,9 Promille betragen hatte. Die Maßnahmen im Rahmen der Gesundheitspolitik hatten gegriffen. Trotzdem sollte es ein von Ingrid Leodolter maßgeblich mitgetragenes Projekt sein, das die Regierungspartei in eine Krise stürzte. Der Neubau des Allgemeinen Krankenhauses in Wien war bereits 1955 beschlossen worden und sollte innerhalb von zehn Jahren abgeschlossen sein. Doch die Fertigstellung des Spitals verzögerte sich immer wieder, und die ursprünglich mit einer Milliarde Schilling veranschlagten Kosten explodierten. Berichte des Nachrichtenmagazins *profil* und der *Wochenpresse* verwiesen auf Schmiergeldzahlungen von am AKH-Bau beteiligten Firmen an den Direktor der Planungs- und Errichtungsgesellschaft AKPE Adolf Winter sowie auf die nicht vorschriftsmäßige und zudem überbeuerte Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Im September 1979 musste Ingrid Leodolter zurücktreten.

Im Frühjahr 1980 kam es auf Antrag der ÖVP zur Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Überprüfung der Vorgänge um den Bau des AKH. Den Vorsitz übernahm FPÖ-Obmann Norbert Steger. Als 1981 die SPÖ wiederholt die Vorladung neuer Zeugen ablehnte, richtete ÖVP-Obmann Alois Mock eine Beschwerde wegen undemokratischen Verhaltens an den Bundespräsidenten. Kreisky reagierte verärgert und erklärte, dass Kirchschräger keinesfalls als Schiedsrichter über das Parlament agieren könne und eine Verfassungskrise drohe. Im nachfolgenden Pressefoyer am 24. Februar 1981 warnte der Kanzler gar vor einer Wiederkehr der Dreißigerjahre. ORF-Reporter Ulrich Brunner warf zu Recht ein, dass man die gegenwärtige Situation wohl kaum mit jener der Zwischenkriegszeit vergleichen könne, schon deswegen, weil keiner der Bundespräsidenten der Zweiten Republik Anlass zu einer diesbezüglichen Befürchtung Anlass gegeben habe. Kreisky maßregelte Brunner wütend und mehr als gereizt mit den Worten: »Lernen S' bissl Geschichte, dann werden S' sehen, Herr Reporter, wie das in Österreich sich damals im Parlament entwickelt hat.« Das Publikum reagierte auf diesen Angriff Kreiskys negativ. Mehr als hundert Anrufe wurden beim ORF verzeichnet, die mehrheitlich gegen den Kanzler Stellung bezogen.

Der AKH-Untersuchungsausschuss ermittelte letztlich eine Schadenssumme von 500 Millionen Schilling in der Folge von Fehlplanungen, Korruption und inkorrektur Auftragsvergabe. Ein nachfolgender Prozess um gewerbsmäßigen Betrug, verbotene Intervention und Untreue endete mit der Verurteilung der Hauptschuldigen zu unbedingten Haftstrafen zwischen zwei und zwölf Jahren. Angesichts der aufgedeckten Verflechtung von Politik und persönlichen Geschäften sah sich Bundespräsident Rudolf Kirchschräger Ende August 1980 veranlasst, von einer notwendigen Trockenlegung der »Sümpfe und sauren Wiesen« in der politischen Landschaft Österreichs zu sprechen.

Nur wenige Tage später präsentierte Bundeskanzler Kreisky ein »Zehn-Punkte-Programm« zur Sauberkeit im öffentlichen Leben und zur Trennung von Politik und Geschäft. Dieses richtete sich gegen Hannes Androsch, der verdächtigt wurde, über die »Consultatio« indirekt in die Auftragsvergabe des AKH verwickelt zu sein. Ein Vorwurf, der offensichtlich zu Unrecht bestand. Doch die ohnehin schon schwer beschädigte Beziehung zwischen Kreisky und Androsch wurde weiter belastet. Der nun laufend erwartete Rücktritt des Finanzministers und Vizekanzlers verzögerte sich. Viele Parteifreunde, allen voran Anton Benya, Christian

Broda und Hertha Firnberg, aber auch die Landeshauptleute Theodor Kery (Burgenland) und Leopold Wagner (Kärnten) setzten sich für einen Verbleib Androschs in der Regierung ein. Der Grund dafür war, dass viele Menschen innerhalb und außerhalb der SPÖ den Erfolg der Ära Kreisky nicht nur mit der Person des Kanzlers, sondern ebenso mit der Person des Finanzministers und Vizekanzlers verknüpften. Daher die Spaltung der Partei. Und daher auch das besondere Interesse der ÖVP, den Konflikt in der SPÖ weiter zu schüren, weil sie fürchten musste, noch unabsehbar lange nur zweitstärkste Partei zu sein, sollte Androsch Kreisky nachfolgen. Darum hatte die Verhinderung des logischen Nachfolgers Androsch in der ÖVP hohe Priorität.

Im April 1980 war ein Übereinkommen veröffentlicht worden, wonach die »Consultatio« keine öffentlichen Aufträge mehr übernehmen werde. Im September 1980 erklärte sich Androsch bereit, seine Steuerberatungskanzlei zu verkaufen. In den darauffolgenden Monaten wurden seitens der ÖVP weitere Misstrauensanträge gegen Androsch eingebracht. Die Situation an der Parteispitze schien nicht mehr haltbar. Im Jänner 1981 trat Androsch zurück, er wurde zunächst Vize-, dann Generaldirektor der Creditanstalt. Der Konflikt, der die SPÖ beinahe gespalten hatte, war beendet. Die Spannungen zwischen Kreisky und Androsch wurden nie beigelegt. Ein klärendes Gespräch blieb aus.

Die Auseinandersetzungen zwischen SPÖ und ÖVP wurden indes abseits der Diskussion um das AKH auch über ein weiteres Bauvorhaben geführt. Die Errichtung eines Konferenzzentrums lehnte die Volkspartei zu Beginn der Achtzigerjahre vehement ab. Dem war bereits eine heftige Debatte um den Bau der UNO-City in Wien vorausgegangen. Dieses Vorhaben war 1967 noch von der Regierung Klaus beschlossen worden. 1973 begann die ÖVP, dieses Projekt vehement zu bekämpfen. Das UNO-Zentrum wurde trotzdem realisiert und konnte am 23. August 1979 den Vereinten Nationen übergeben werden. Neben der UNO-City sollte nun nach Plänen der Regierung ein Konferenzzentrum entstehen. Die ÖVP sprach von einem unnötigen und vor allem kostspieligen Bau und leitete ein Volksbegehren dagegen ein. Das Referendum wurde von 1,36 Millionen Österreichern unterschrieben und war das erfolgreichste der Zweiten Republik. Dessen ungeachtet wurde die Errichtung des Konferenzzentrums umgesetzt. Die ÖVP warf Kreisky daraufhin undemokratisches Verhalten vor, was dieser mit folgenden Worten abschmettete: »Strapazieren Sie nicht das Demokratieverständnis bei einem Mann, der wegen zwei Diktaturen im Gefängnis war. Und eine davon haben Sie verursacht.«

Ein anderes Projekt von internationaler Bedeutung hatte Kreisky seit rund 30 Jahren beschäftigt und sollte 1981 bei einer Gipfelkonferenz in Cancún (Mexiko) ausführlich diskutiert werden. Schon 1962 – Kreisky war Außenminister – wurde das Wiener Institut für Entwicklungsfragen gegründet, das fortan einer der Treffpunkte des Nord-Süd-Dialogs war. Geprägt von der Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre und wissend um die positive ökonomische Entwicklung Europas im Zuge des European Recovery Program nach dem Zweiten Weltkrieg, schlug Kreisky einen Marshallplan für die Dritte Welt vor, wobei er diese Idee mit konkreten Vorschlägen für Infrastrukturprojekte verband. Gemeinsam mit Willy Brandt organisierte er das Gipfeltreffen zu Entwicklungsfragen in Cancún, bei welchem wichtige Politiker der Ersten und der Dritten Welt miteinander beraten sollten. Aufgrund seines gesundheitlichen Zustandes konnte Kreisky selbst nicht an der Konferenz teilnehmen, sein Konzept wurde jedoch verlesen. Die USA lehnten seinen Plan vollständig ab und plädierten für private Investitionen und für das Prinzip »Hilfe zur Selbsthilfe«. Die neoliberalen und neokonservativen Wende zeichnete sich bereits ab.

Weiterhin aktiv engagierte sich Kreisky in der Nahostfrage. 1979 plädierte er anlässlich einer Rede vor der UNO-Vollversammlung für eine diplomatische Anerkennung der PLO. Trotz heftiger Proteste Israels nahm Österreich dementsprechend im darauffolgenden Jahr als erster westeuropäischer Staat offiziell diplomatische Beziehungen mit der PLO auf. Kreiskys Bemühungen erhielten allerdings einen Rückschlag durch eine Reihe von Attentaten, die von der radikalen Organisation um den palästinensischen Terroristen Abu Nidal durchgeführt wurden. Am 1. Mai 1981 verübte die Gruppe einen tödlichen Anschlag auf den Wiener Verkehrsstadtrat und Präsidenten der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft Heinz Nittel. Am 29. August desselben Jahres stürmten zwei Terroristen die Synagoge in der Wiener Seitenstettengasse, warfen Handgranaten und schossen in die Menge. Zwei Todesopfer und 21 teils Schwerverletzte waren zu beklagen. Die Abu-Nidal-Gruppe attackierte in ihren Kommuniqués die »reaktionäre«, »gezähmte« Haltung Arafats und warnte auch die österreichische Politik davor, sich weiter in die inneren Angelegenheiten des palästinensischen Volkes einzumischen. Die heimische Opposition warf Kreisky nun ebenfalls vor, für die gewalttätige Bedrohung Österreichs verantwortlich zu sein. Der Kanzler hielt allerdings an seinem Standpunkt fest, dass nur durch gegenseitige Anerkennung und Verhandlungen der unmittelbar betroffenen Streitparteien im Nahen Osten der Frieden hergestellt werden könne.

Indessen verschlechterte sich Kreiskys Verhältnis zu Jassir Arafat. Im Oktober 1981 wurde der ägyptische Präsident Anwar as-Sadat von Attentätern ermordet. Ägyptens Separatfrieden mit Israel in Camp David 1978 war von der Arabischen Liga als »Verrat« gewertet worden. Als Arafat nun den Anschlag auf as-Sadat öffentlich begrüßte, war dies der Beginn einer deutlichen Distanzierung seitens Kreiskys. Wie sehr sich die Beziehungen bereits getrübt hatten, zeigte sich 1983 nach der Ermordung des gemäßigten PLO-Führers Issam Sartawi, einem Freund Bruno Kreiskys. Der beschuldigte Arafat, durch seine klare Abkehr von Sartawi das Attentat erst ermöglicht zu haben. Neue Versuche, die Nahostpolitik in Bewegung zu bringen, unternahm Kreisky, indem er das Gespräch mit Libyens Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi suchte. Dieser fand sich 1982 zu Gesprächen in Wien ein, sein erster Besuch in Westeuropa. Angesichts des eben erst erlassenen US-Ölembargos gegen Libyen war das Treffen von internationaler Brisanz. Die amerikanische Führung erkannte im libyschen Staatschef einen Unterstützer des Terrorismus. Heute ist bewiesen, dass Gaddafi an dem Überfall auf das OPEC-Gebäude in Wien 1975 federführend beteiligt war. Kreisky negierte diese Hinweise. Bei Gaddafis Wiener Aufenthalt 1982 ging es vor allem um wirtschaftliche Belange, speziell die VOEST hoffte auf libysche Aufträge, wobei die in Aussicht gestellten österreichischen Waffenexporte auf entschiedene Kritik stießen, da sie der Neutralitätspolitik widersprachen.

Österreich und allen voran Kreisky zeigten sich im Übrigen gern als Friedensvermittler, gerade auch zwischen Ost und West. 1979 war Wien neuerlich neutraler Treffpunkt für Abrüstungsgespräche zwischen der Sowjetunion und den USA. Im Redoutensaal der Hofburg unterzeichneten der Präsident der Vereinigten Staaten Jimmy Carter und der Staats- und Parteichef der UdSSR Leonid Breschnew das SALT-II-Abkommen, das die Begrenzung der strategischen Rüstung vorsah. Die Entspannungspolitik wurde kurz danach durch den Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan stark belastet. Trotzdem begannen im November 1981 Verhandlungen zwischen den Supermächten über die in Europa stationierten Mittelstreckenwaffen. Die internationale Friedensbewegung hatte indessen auch Österreich erfasst, sie fand vor allem bei der Jugend Zuspruch und wurde

weltweit von vielen Künstlerinnen und Künstlern getragen. 1982 fanden auch in Österreich groß angelegte Demonstrationen gegen die Rüstungspolitik der NATO statt.

Schon 1981 war es wegen des geplanten Exports von 57 Panzern seitens der Steyr-Werke Simmering nach Argentinien zu Protesten gekommen. Demonstranten der Friedensbewegung, darunter viele Jungsozialisten, wollten die Auslieferung verhindern, woraufhin sie von erbosten Steyr-Arbeitern verprügelt wurden. Die Befürworter der Waffenexporte – Gewerkschaft und Industrie – argumentierten mit der Sicherung der Arbeitsplätze und des Konkurrenzstandorts Österreich. Ihre Gegner verwiesen auf die gesetzliche und moralische Verpflichtung der Zweiten Republik, die sich aus der immerwährenden Neutralität ergab.

Letztere stand im Zentrum der Feierlichkeiten anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Staatsvertragsunterzeichnung. Kreisky war als Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten damals bei den Verhandlungen dabei gewesen und fungierte 25 Jahre später nicht nur als offizieller Sprecher der Republik, sondern auch als überlebender Zeitzeuge, da Raab, Figl und Schärff bereits tot waren. Österreich, das in den Siebzigerjahren ein eigenständiges außenpolitisches Profil entwickelt hatte und international stärker wahrgenommen wurde, konnte diesen Feiertag mit erstarktem Selbstbewusstsein begehen. Die österreichische Nationsbildung war abgeschlossen.

Im Frühjahr 1983 standen neuerlich Nationalratswahlen an. Es sollten die letzten für Bruno Kreisky sein. Der Sozialdemokratie war bewusst, dass eine erneute Verteidigung der absoluten Mehrheit kaum zu erwarten war. Die öffentlich geführte Auseinandersetzung zwischen Kreisky und Androsch hatte die Basis verstört und in der Partei Gräben aufgerissen. Die Opposition griff im Wahlkampf nicht nur den AKH-Skandal und das auf Sparmaßnahmen abzielende »Mallorca-Paket« auf, sondern thematisierte auch Kreiskys Alter und seinen gesundheitlichen Zustand. Selbst für Außenstehende waren die Auswirkungen seiner Nierenerkrankung längst erkennbar. Die SPÖ setzte im Wahlkampf dennoch weiterhin auf die Identifikationsfigur Kreisky, der jedoch erklärte, bei einem Verlust der Absoluten nicht mehr für die Regierungsgeschäfte zur Verfügung zu stehen.

Die Wahl brachte für die Sozialdemokratie einen Stimmenverlust von 3,2 Prozent, fünf Mandate und die absolute Mehrheit gingen verloren. Noch am Wahlabend gab Kreisky seinen Rücktritt bekannt. Seine Nachfolge trat Fred Sinowatz an. Als Parteichef bestimmte Kreisky allerdings noch maßgeblich die Koalitionsverhandlungen mit der FPÖ unter Norbert Steger. Die Funktion des Parteiobmanns legte er im Oktober 1983 zurück. Eine Ära war zu Ende gegangen.

DVD 5

Abschied und Erinnerung

Auch nach seinem Abschied aus der österreichischen Innenpolitik war Bruno Kreisky gern gesehener Gast bei Konferenzen und wurde als Kommentator des politischen Geschehens geschätzt oder auch abgelehnt. Ende 1989 verschlechtert sich sein Gesundheitszustand rapid. Eine Nierentransplantation, eine Reihe von Schlaganfällen und ein Sturz hatten ihre Spuren hinterlassen. Am 29. Juli 1990 stirbt Bruno Kreisky an Herzversagen. Nahezu alle Tageszeitungen weltweit brachten die Todesmeldung auf ihrer Frontseite. Die Nachrufe zeugten von der internationalen Reputation Kreiskys. Zu seinem Begräbnis fanden sich

Kollegen, Mitstreiter und Freunde aus aller Welt ein. In den Gedenkreden wurden Kreiskys innen- und außenpolitisches Wirken, sein soziales Engagement, seine Weltoffenheit, sein Humanismus und seine Friedenbestrebungen betont. Willy Brandt brachte es mit folgenden Worten auf den Punkt: »Dabei stimmt es nun ganz gewiss, dass seine Welt größer war als sein Land.«

BONUSMATERIAL

1981 wurde Bruno Kreiskys 70. Geburtstag gefeiert. Festakte, Ausstellungen und Bücher begleiteten dieses Jubiläum. Ein Fotoband, ergänzt mit Texten der beiden Schriftsteller Gerhard Roth und Peter Turrini, ließ Kreisky-Befürworter und -Kritiker auf den Plan treten. Ausgelöst wurde der innerösterreichische Schlagabtausch durch eine polemische Besprechung des Bandes in *profil*, geschrieben von Thomas Bernhard. Dieser wollte in der Publikation eine Anbiederung der Künstler an den »Spießbürger« und »Halbseidensozialisten« Kreisky, der bereits reif für die Pensionierung sei, erkennen. In der Folge trafen über Wochen Leserbriefe bei *profil* ein, die nun im Gegenzug Bernhard angriffen oder verteidigten. Eine Karikatur von Manfred Deix, welche die Kontroverse in den Rahmen einer Fronleichnamsprozession stellte, ließ die Wogen nochmals hochgehen. Einer unter einem Baldachin getragenen Kreisky-Büste schreiten andächtig Roth und Turrini als Ministranten voran, ihnen folgen wichtige Mitglieder der SPÖ-Spitze; Thomas Bernhard uriniert auf ein Kreisky-Marterl. Der Protest auf beiden Seiten ging weiter. Wolf In der Maur, Fernsehintendant von FS 1, kündigte sogar an, Bernhard forthin aus dem ORF-Programm zu verbannen. Kreisky selbst reagierte nicht.

Anlässlich seines runden Geburtstages gewährte die Otto Pammer-Produktion BRUNO KREISKY FAST PRIVAT Einblick in eine andere Seite des Lebens des Bundeskanzlers: Sportliche Aktivitäten, Aufnahmen von seinem Domizil in Mallorca, ein Heurigenbesuch und das Zusammensein mit seiner Familie am sonntäglichen Mittagstisch versuchen den »Privatmenschen« Kreisky greifbar zu machen.

Belang- und Wahlwerbesendungen der Ära Kreisky ermöglichen es, thematische und stilistische Schwerpunkte dieser Periode nachzuvollziehen.

VERZEICHNIS DER ZEITZEUGEN die in der Doku-Reihe zu sehen und zu hören sind

Hannes Androsch, Industrieller, Finanzminister 1970–1981, Vizekanzler 1976–1981.

Gerd Bacher, Journalist, ORF-Generalintendant 1967–1974, 1978–1986, 1990–1994.

Barbara Coudenhove-Kalergi, Journalistin.

Heinz Fischer, Bundespräsident, SPÖ-Klubobmann 1975–1983 und 1987–1990, Präsident des österreichischen Nationalrates 1990–2002, stellvertretender Parteivorsitzender der SPÖ 1979–2004.

Michael Genner, Geschäftsführer »Asyl in Not«, ehemaliges Mitglied der Bewegung »Spartakus«.

Hilde Hawlicek, Bundesministerin für Unterricht, Kunst und Sport 1987–1990, Abgeordnete des Bundesrates 1971–1976, Nationalratsabgeordnete der SPÖ 1976–1987 und 1990–1995.

Heinrich Keller, Sekretär und Pressereferent von Justizminister Christian Broda 1970–1977, Zentralsekretär der SPÖ 1986–1988, Nationalratsabgeordneter der SPÖ 1986–1988.

Peter Michael Lingens, Journalist, Chefredakteur und Herausgeber der Nachrichtenmagazins *profil* 1970–1987.

Freda Meissner-Blau, erste Parteivorsitzende der österreichischen Grünen, Nationalratsabgeordnete der Grünen 1986–1988.

Beatrix Neundlinger, Kreativtrainerin und Supervisorin, Musikerin, Ex-Bandmitglied der Gruppen »Milestones« und »Schmetterlinge«.

Wolfgang Petritsch, Diplomat, Mitarbeiter von Bruno Kreisky 1977–1983.

Karl Pisa, Journalist und Politiker, Bundesreferent der ÖVP 1961–1967, Staatssekretär im Bundeskanzleramt 1968/69, Leiter der ÖVP-Wahlkampfkampagne 1970.

Ari Rath, Journalist, Chefredakteur 1975–1989 und Herausgeber 1979–1989 der *Jerusalem Post*.

Oliver Rathkolb, Zeithistoriker, Herausgeber der Memoiren Bruno Kreiskys.

Franz Rohmoser, Mitbegründer der Österreichischen Bergbauernvereinigung.

Margit Schmidt, Chefsekretärin Bruno Kreiskys 1960–1990.

Werner Schneyder, Schriftsteller, Kabarettist, Schauspieler und Regisseur.

Karl Schwarzenberg, Außenminister der Tschechischen Republik.

Josef Taus, Industrieller, Bundesparteiohmann der ÖVP 1975–1979.

Peter Turrini, Dichter.